

NIEDERSCHRIFT

über die **16.** Sitzung
des Kreisausschusses
(XVI. Wahlperiode)

öffentlicher Teil

Tag der Sitzung: **13.01.2016**
Ort der Sitzung: Kreishaus Neuss
Besprechungsraum 2 (2. Etage)
Oberstraße 91, 41460 Neuss
(Tel. 02131/928-2100)
Beginn der Sitzung: 15:04 Uhr
Ende der Sitzung: 18:05 Uhr
Den Vorsitz führte: Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

Sitzungsteilnehmer:

• Vorsitzender

1. Herr Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

• CDU-Fraktion

2. Herr Dr. Gert Ammermann
3. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
4. Herr Bertram Graf von Nesselrode
5. Herr Wolfgang Wappenschmidt
6. Herr Dieter Welsink
7. Herr Johann-Andreas Werhahn
8. Frau Birte Wienands

• SPD-Fraktion

9. Herr Udo Bartsch
10. Herr Horst Fischer
11. Herr Dieter Jüngerkes
12. Herr Rainer Thiel MdL

Anwesend bis 17:15 Uhr

•

• **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

13. Herr Erhard Demmer

14. Herr Hans Christian Markert MdL

Vertretung für Frau Susanne Stephan-Gellrich

• **FDP-Fraktion**

15. Herr Bijan Djir-Sarai

• **Die Linke-Fraktion**

16. Frau Kirsten Eickler

• **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

17. Herr Carsten Thiel

• **Gäste**

18. Herr Schmidt (Schmidt/Bechle GmbH)

• **Verwaltung**

19. Herr Robert Abts

20. Herr Kreisdirektor Dirk Brügge

21. Herr Norbert Clever

22. Frau Annika Geppert

23. Herr Günter Hassels

24. Herr Reinhold Jung

25. Herr Dezernent Tillmann Lonnes

26. Herr Dezernent Karsten Mankowsky

27. Herr Marcus Temburg

28. Herr Urban Wahlen

• **Schriftführerin**

29. Frau Yvonne Brenner

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	4
2.	Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse.....	4
2.1.	Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 26.11.2015	4
3.	Kenntnisnahme von Niederschriften	4
3.1.	Partnerschaftskomitee vom 13.10.2015	4
4.	Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft Berichtszeitraum Dezember 2015 Vorlage: 61/1048/XVI/2015.....	5
4.1.	Antwortschreiben RWE zum Thema Quecksilberausstoß vom 12.01.2016.....	6
4.2.	Informationen zur Fortsetzung der Abschaltverordnung der Hydro Aluminium Rolled Products GmbH	7
5.	Bericht zur Regionalarbeit Berichtszeitraum Dezember 2015 Vorlage: 61/1049/XVI/2015.....	7
6.	Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung / Europa Vorlage: ZS5/1051/XVI/2015.....	7
6.1.	Arbeitsmarktbericht Stand Dezember 2015	8
7.	SGB II - Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften Vorlage: 50/1050/XVI/2015.....	8
8.	Anträge	9
9.	Mitteilungen	9
9.1.	Sachstand Flüchtlingshilfe	9
10.	Anfragen	10

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen und der Kreisausschuss beschlussfähig ist.

Den Abgeordneten lagen folgende Tischvorlagen vor:

zu Top 4 Bericht zur Braunkohlenplanung und Energie- wirtschaft	- 4.1 Antwortschreiben RWE zum Thema Quecksilberausstoß ☒ - 4.2 Fortsetzung der Abschaltverordnung ☒
zu Top 6 Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung Europa	- 6.1 Arbeitsmarktbericht Stand Dezember 2015 ☒
zu Top 9 Mitteilungen	- 9.1 Sachstand Flüchtlingshilfe
zu Top 2 nÖ Auftragsvergaben	- 2.2 Entsorgungsstandort Neuss-Grefrath, Vorvertrag zur Standortnutzung

Die mit ☒ versehenen Tischvorlagen sind dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

2. Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse

2.1. Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 26.11.2015

KA/20160113/Ö2.1

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Sozial- und Gesundheitsausschusses vom 26.11.2015 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

3. Kenntnisnahme von Niederschriften

3.1. Partnerschaftskomitee vom 13.10.2015

KA/20160113/Ö3.1

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt die Niederschrift des Partnerschaftskomitees vom 13.10.2015 zur Kenntnis.

4. Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft Berichtszeitraum Dezember 2015 Vorlage: 61/1048/XVI/2015

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink bat die Verwaltung um einen kurzen Bericht über die Antragskonferenz am 11. und 12.01.2016 bezüglich der Themen Stormkonverter und der durch Amprion geplanten Höchstspannungsleitungen.

Amtsleiter Marcus Temburg erläuterte, dass in der Tagung zur Antragskonferenz von Amprion zahlreiche Anregungen zum Thema Konverterstandort gegeben wurden. Es werde ein 500m bis 1000m breiter Korridor festgelegt. Auch wurde über die Standorte Dormagen-Gohr und Kaarst in der Konferenz diskutiert. Gohr liege in dem Trassenkorridor für eine Sticheitung. Die verfahrensführende Behörde sei die Bundesnetzagentur, so dass dort die Verfahrensunterlagen für die weitere Prüfung eingereicht werden sollten, so Amtsleiter Marcus Temburg abschließend.

Kreistagsabgeordnete Kirsten Eickler teilte mit, dass der Standort Dormagen-Gohr erst auf Antrag in der Konferenz in Betracht gekommen sei und die Stadt Kaarst zudem Klage gegen die Standortwahl einreichen werde, da die Belange der Öffentlichkeit der geplanten Höchstspannungsleitung entgegenstünden.

Kreistagsabgeordneter Hans Christian Markert erkundigte sich, wie die Abgrabungsrechte von Amprion eingeschätzt würden und ob sich die Firma Amprion dazu geäußert habe, wie diese Rechte realisiert werden bzw. welche Zeitspanne die Realisierung brauche.

Es sei fraglich, warum neue Masten gebaut werden und nicht auf die bestehenden zurückgegriffen werde, so Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel. Für die Gesundheit der Bevölkerung sei eine Erdverkabelung besser geeignet. Die Konverterkosten seien von anfänglich 250.000.000 € auf 400.000.000 € angestiegen, was für den Bürger kaum bezahlbar wäre, so Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel abschließend.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel erklärte, dass das Antragsverfahren nur für den Korridor der Leitung gelte. Dieser Korridor werde weiter untersucht und es würden 60 % der vorhandenen Masten genutzt und 40 % neue Masten mit besseren Transporteigenschaften errichtet werden. Der Konverter sei nicht Bestandteil der Antragskonferenz gewesen, lediglich die Trassen für die Anbindung in Kaarst. Man müsse davon ausgehen, dass die Konverter teurer werden, erläuterte Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel abschließend.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke merkte an, dass die Antragskonferenz dazu dienen sollte, die jetzt schon bestehenden Bedenken und Interessen, in die Vorbereitungen der Planfeststellungsunterlagen mit einzubeziehen. An den planungsrechtlichen Hürden für den Konverter in Kaarst habe sich nichts geändert. Es gehe jetzt lediglich darum, das Verfahren in Gang zu setzen.

KA/20160113/Ö4

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft Dezember 2015 zur Kenntnis.

4.1. Antwortschreiben RWE zum Thema Quecksilberausstoß vom 12.01.2016

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies auf das Antwortschreiben von RWE zum Thema Quecksilberausstoß hin und teilte mit, dass im Kreisausschuss am 16.02.2016 ein Vertreter von RWE anwesend sein werde um über die stoffliche Nutzung der Braunkohle zu berichten. Er gehe davon aus, dass der Vertreter von RWE in diesem Zusammenhang sicherlich auch Fragen von Abgeordneten zum Thema Quecksilber beantworten könnte.

Kreistagsabgeordneter Hans Christian Markert merkte an, neben den Vertretern von RWE auch externe Gutachter und Behördenvertreter, die sich mit der Quecksilberverunreinigung auskennen, in den Kreisausschuss im Februar einzuladen. Er forderte, dass auch im Planungs- und Umweltausschuss oder im Kreistag über dieses Thema referiert werden sollte.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies darauf hin, dass RWE der größten Ansprechpartner für das Thema der stofflichen Nutzung der Braunkohle sei und Behörden zum Thema Quecksilber angeschrieben wurden. Bislang seien allerdings der Verwaltung noch keine Antworten zugegangen.

Kreistagsabgeordneter Wolfgang Wappenschmidt merkte an, dass es keine neue Gefährdung der Bevölkerung durch den Quecksilberausstoß gebe. RWE arbeite seit Jahren bereits daran die Emissionen zu reduzieren und bewege sich zudem unterhalb der vorgeschriebenen Grenzbereiche.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erklärte, dass es nicht Aufgabe des Kreises sei, die Grenzwerte festzusetzen bzw. die Anlagen zu beaufsichtigen. Der Vertreter vom RWE solle im Kreisausschuss lediglich über die Planungen der stofflichen Nutzung der Braunkohle und nicht über die Festsetzung der Grenzwerte referieren. Diese Zuständigkeit liege nicht beim Kreis. Das Thema Quecksilberausstoß sollte nicht im Kreisausschuss sondern im Planungs- und Umweltausschuss besprochen werden, so Landrat Hans-Jürgen Petrauschke weiter. In der anschließenden Diskussion ging es um die Frage, ob Gutachter zum Thema eingeladen werden sollten.

Kreistagsabgeordneter Dr. Gert Ammermann merkte an, dass er es nicht für richtig halte mehrere Verfasser zu dem Thema einzuladen. Es würde ausreichen, einen Vertreter der Fachbehörde in den Fachausschuss einzuladen. Es sei schwierig, sich als Laie ein Urteil über die komplexe Thematik zu bilden. Die Messergebnisse seien zudem öffentlich und somit für jedermann zugänglich, so Kreistagsabgeordneter Dr. Gert Ammermann abschließend.

KA/20160113/Ö4.1

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt das Antwortschreiben zur Kenntnis.

4.2. Informationen zur Fortsetzung der Abschaltverordnung der Hydro Aluminium Rolled Products GmbH

KA/20160113/Ö4.2

Der Kreisausschuss nimmt die Schreiben zur Kenntnis.

5. Bericht zur Regionalarbeit Berichtszeitraum Dezember 2015 Vorlage: 61/1049/XVI/2015

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke gab den Hinweis, dass am 13.01.2016 die Sondersitzung des Planungsausschusses des Regionalrates zum LEP stattgefunden habe. **Der Niederschrift wird das Protokoll der Sondersitzung beigelegt.**

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel erläuterte, dass es neben der Stellungnahme der Bezirksregierung auch Stellungnahmen der Fraktionen gebe. Alle Stellungnahmen sollten zugänglich gemacht werden, so Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel weiter.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer fragte, ob sich der Kreis von der Energieagentur zu dem Thema Klimanetzwerke beraten lassen habe.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte mit, dass der Kreis sich zwar von der Energieagentur habe beraten lassen aber nicht zu dem genannten Thema. Die Energiebilanz werde auf den neusten Stand und anschließend zur Kenntnis gebracht, so Landrat Hans-Jürgen Petrauschke abschließend.

KA/20160113/Ö5

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Regionalarbeit Berichtszeitraum Dezember 2015 zur Kenntnis.

6. Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung / Europa Vorlage: ZS5/1051/XVI/2015

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte mit, dass es erfreulich sei, dass auch zum Jahresbeginn die Arbeitslosenquote bei 5,9% lag.

Kreistagsabgeordnete Kirsten Eickler bat um eine Auflistung, wie viele Arbeitslose sich in Maßnahmen befinden und wie viele krankgeschrieben seien.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke antwortete, dass diese Zahlen bei der Arbeitsagentur erfragt werden.

KA/20160113/Ö6**Beschluss:**

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung / Europa zur Kenntnis.

6.1. Arbeitsmarktbericht Stand Dezember 2015**Protokoll:**

Der Kreisausschuss nimmt den Arbeitsmarktbericht Stand Dezember 2015 zur Kenntnis.

7. SGB II - Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften**Vorlage: 50/1050/XVI/2015****Protokoll:**

Kreistagsabgeordneter Udo Bartsch erkundigte sich nach dem Sachstand der Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erläuterte, dass das eigentliche Ziel nicht ausschließlich die Gründung einer neuen Wohnungsbaugesellschaft sei, sondern die Frage, wie bezahlbarer Wohnraum schnell geschaffen werden könnte und die zukünftigen Kosten der Unterkunft dauerhaft reduziert werden könnten. Es sei wichtig, dass kreisweit preiswerter Wohnraum schnell geschaffen werde, auch mit dem Hinblick auf den wachsenden Zustrom ausländischer Zuwanderer. Besonders in den kleineren Ortschaften gebe es keine Wohnungsbaugesellschaften, so Landrat Hans-Jürgen Petrauschke weiter, es seien bereits Anfangsgespräche mit den Bürgermeistern geführt worden. Containerbauten seien nicht die richtige Lösung.

Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink merkte an, dass der soziale Wohnungsbau ein wichtiges und aktuelles Thema sei. Man müsse sich intensiv damit beschäftigen, die kleineren Kommunen mit einzubeziehen und mehr Tempo in die Planungen zu bringen.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel teilte die vorherigen Aussagen und fügte hinzu, dass durch die Zuwanderung der Druck auf den Kreis und die Städte und Gemeinden wachsen werde. Man sollte die Gemeinden fragen, was für sie am besten sei und dies in den kommenden Klausurtagungen besprechen.

Man müsse zwischen den Begriffen „bezahlbaren“ und „sozialen“ Wohnraum unterscheiden, erklärte Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer. Die Stadt Neuss sei bereits sehr weit in den Planungen. Seine Fraktion würde es als sinnvoll erachten, dass der Kreis den Kommunen Hilfestellung leiste, nicht aber dass der Kreis eine Kreiswohnungsbaugesellschaft gründe.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte mit, dass der Kreis in den Planungen sei und den Kommunen bei der Umsetzung und Planung beratend zur Verfügung stünde.

Kreistagsabgeordneter Udo Bartsch regte an, dass man die angebotenen Fördermög-

lichkeiten in Anspruch nehmen sollte.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel stimmte Kreistagsabgeordneter Udo Bartsch zu und ergänzte, dass das Land momentan 35% der Tilgung übernehme.

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel teilte mit, dass seine Fraktion der Auffassung sei, dass der Mietspiegel angehoben werden sollte, dieser Anstieg aber über die Kreisumlage finanziert werden sollte.

KA/20160113/Ö7

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zum SGB II – Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaft zur Kenntnis.

8. Anträge

Protokoll:

Es lagen keine Anträge vor.

9. Mitteilungen

9.1. Sachstand Flüchtlingshilfe

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink erkundigte sich, ob die Kreispolizei personell ausreichend ausgestattet sei, um Vorfälle wie u.a. in Köln zu vermeiden.

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel schloss sich der Frage an und fragte nach, ob es eine Aufstellung über Gewalt- und Sexualdelikte der letzten Monate im Kreisgebiet gebe.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte mit, dass der geforderte Bericht über die Kriminalitätsrate im Laufe des Jahres bekannt gegeben werde. Es werde alles Mögliche getan, um Straftaten zu vermeiden und geschehene Straftaten aufzuklären. Eine feste Zahl wie viele Polizeibeamte pro 1.000 Einwohner erforderlich sind, gibt es nicht, so Landrat Petrauschke weiter. Man müsse jederzeit wachsam sein. Ein Überwachungsstaat werde abgelehnt; man müsse von Situation zu Situation entscheiden.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel lobte die Vorgehensweise mit den Flüchtlingen im Rhein-Kreis Neuss. Die Art und Weise, wie im Kreis mit ausländischen Zuwanderern umgegangen werde, sei sehenswert und hilfreich, so Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel ergänzend.

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel erkundigte sich nach dem Schlüssel für die Verteilung und Belegung der Flüchtlinge im Kreisgebiet.

Kreisdirektor Dirk Brügge erläuterte den Verteilerschlüssel und erwähnte, dass dieser Schlüssel, sowohl bei der Zuweisung als auch bei der Kostenverteilung, angewendet werde und verwies dazu weiterhin auf die Ausführungen des letzten Kreisausschusses.

Die Bezirksregierung Arnsberg habe eingestanden, dass von dem Schlüssel abgewichen wurde. Das hatte zur Folge, dass der Kreis mehr Flüchtlinge aufgenommen habe als die kreisfreien Städte, so Kreisdirektor Dirk Brügge weiter. Die Bezirksregierung wolle sich in Zukunft an den Schlüssel halten, man wisse aber nicht wie die Umsetzung erfolgen werde und wann dies geschehe.

Kreistagsabgeordneter Dr. Gert Ammermann erkundigte sich, ob der Betrag i.H.v. 10.000 € nicht nur für das 4. Quartal 2016 angepasst werde sondern auch für 2017.

Kreisdirektor Dirk Brügge antwortete darauf, dass die Nachsteuerung nur 2016 angewendet werde da 2017 ein neues Verfahren eingeführt werden soll.

KA/20160113/Ö9.1

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Flüchtlingshilfe zur Kenntnis.

10. Anfragen

Protokoll:

Es lagen keine Anfragen vor.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Vorsitzende/r Landrat Hans-Jürgen Petrauschke um 17:15 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Hans-Jürgen Petrauschke
Landrat

Yvonne Brenner
Schriftführung